



Schlechter Start

Ungeachtet der Demonstrationen und Proteste der Ärzteschaft droht jetzt ein Vorschalt-Spargesetz der Großen Koalition.

Tausende von Kolleginnen und Kollegen haben in diesem Herbst mit eindrucksvollen öffentlichen Protesten und Demonstrationen für die Verbesserung ihrer beruflichen Situation und eine patientengerechte ärztliche Versorgung gekämpft (*siehe auch Seiten 12 und 13*).

Wer am 9. September auf der Domplatte in Köln bei der großen Demonstration tausender niedergelassener Ärzte und ihrer Helferinnen war, hat klare Worte von der ärztlichen Basis vernommen: Die Schmerzgrenze der Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich unter unzumutbaren Bedingungen ihre Patienten versorgen, ist überschritten.

Die Vertragsärzte sind einfach nicht mehr bereit, Honorarverfall, Regressdrohungen und Bürokratiewahnsinn klaglos hinzunehmen.

Auch unter den Klinikärztinnen und Klinikärzten wächst Solidarität und Kampfbereitschaft in bisher ungeahntem Ausmaß: 3.000 Ärztinnen und Ärzte von Universitätskliniken, aber auch aus den kommunalen, kirchlichen und privaten Krankenhäusern, haben das am 19. Oktober mit ihrer Demonstration in Düsseldorf gezeigt.

Ihnen werden nach wie vor eine faire Bezahlung und anständige Arbeitsbedingungen vorenthalten. Wie gravierend muss denn der Ärztemangel erst noch werden, ehe sich etwas tut?

Uns wird der Respekt, den uns die Patienten entgegenbringen, von Politikern und Krankenkassen versagt. Diese systematische Demotivation der Kollegenschaft muss gestoppt werden.

Deshalb sind wir uns als Ärztinnen und Ärzte nicht zu schade, für eine gute Versorgung unserer Patientinnen und Patienten auf die Straße zu gehen und dagegen zu protestieren, dass auch noch die letzten Reste unserer Freiberuflichkeit zertrümmert werden sollen.

Ich fürchte, die Anlässe für Proteste der Ärzteschaft werden in den kommenden Jahren nicht weniger werden. Wer gehofft hatte, dass eine Große Koalition auch mit den großen Problemen der Gesetzlichen Krankenversicherung fertig werden könnte, dürfte nach Lektüre des Koalitionsvertrages doch sehr ernüchtert sein.

Statt der dringend notwendigen Finanzierungsreform der Gesetzlichen Krankenversicherung dürfte – zum wievielten Male eigentlich? – ein Vorschalt-

Spargesetz auf das Gesundheitswesen zukommen.

Wer auf etwas mehr Verständnis für die Belange von kranken Menschen und für die Gesundheitsberufe gehofft hatte, muss vor allem vom schlechten Start der alten und neuen Bundesgesundheitsministerin enttäuscht sein.

Die Tinte unter dem Koalitionsvertrag war noch nicht trocken, da propagierte Ulla Schmidt in der *Berliner Zeitung* schon die Angleichung der Vergütungssysteme für gesetzlich und für privat Versicherte – und nahm dabei den ersten Krach mit der Union in Kauf.

Das war eine Kampfansage an die Ärzteschaft. Denn für uns ist die Erhaltung einer eigenständigen GOÄ unabdingbarer Bestandteil des freien Arztberufes in Deutschland.

Patient und Arzt haben Anspruch auf eine medizinisch aktuelle, leistungsgerechte, in sich schlüssige Gebührentaxe. Eine Gebührentaxe, die Transparenz und Verbraucherschutz, Qualität und Innovation schafft und damit Rechtssicherheit für Patient und Arzt garantiert.

Allerdings ist uns bisher schon einiges zugemutet worden. Wir müssen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden des Jahres 2005 auf total veralteter Grundlage abrechnen, weil der rasante Fortschritt der Medizin der letzten drei Jahrzehnte an der GOÄ weitgehend spurlos vorübergegangen ist.

Die sich daraus zwangsläufig ergebenden Probleme werden dann regelmäßig uns Ärzten angelastet, wir werden als Abkassierer oder gar kriminelle Falschabrechner hingestellt. Das ist schlimm genug.

Wenn Frau Schmidt jetzt – statt endlich die von uns geforderte Generalüberholung der GOÄ anzupacken – solche Ressentiments schürt und gleichzeitig eine Gesundheitspolitik nach der Formel GOÄ = EBM durchsetzen will, so fordert sie unseren entschiedenen Widerstand heraus.

*Dr. Arnold Schüller
Vizepräsident der
Ärzttekammer Nordrhein*